



## **„Manifest für Frieden“ Frieden – ohne eine souveräne Ukraine?**

**Dr. Klaus Olshausen**

**Februar 2023**

### **Zusammenfassung**

---

Ein weiteres „Manifest für Frieden“ – dieses von Dr. Sahra Wagenknecht MdB und der Verlegerin und Autorin Alice Schwarzer – gibt der ukrainischen Bevölkerung keine Hoffnung für eine souveräne Ukraine, sondern mit dem wieder geforderten Waffenstillstand ein „fait accompli“ für den Aggressor und keinen Hauch einer Antwort, wie Russland in den geforderten Verhandlungen zum Verlassen der Ukraine veranlasst werden kann. Denn erst wenn die Ukraine und Russland wieder in ihren anerkannten Grenzen leben können, kann ein politischer Friede auf der Basis der Charta von Paris gelingen.

### **ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Ein (weiteres) „Manifest für Frieden“<sup>1</sup>, das mit rabulistischer Diktion einem Erfolg des Aggressors dient und eine amputierte, unfreie (Rest-)Ukraine befürwortet, zumindest aber in Kauf nimmt.

Jeder Mensch ist verständlicherweise dafür, dass dieser Aggressionskrieg so rasch wie möglich beendet wird.

Mit „Manifest für Frieden“ bleibt aber völlig offen, welcher Art er denn sein soll? Ein Frieden wie in Tschetschenien? Ein zerrissenes Land wie in Georgien?

Die ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität? Das kann man begrüßen. Wenn damit aber faktisch ein teilweise okkupiertes Land, eine unterdrückte, vergewaltigte Bevölkerung aus dem „Kompromiss“ hervorgeht, sollte man nicht aus der Ferne festlegen, wofür die Bevölkerung Solidarität möchte – nämlich für ein freies, souveränes Land.

Denn nach dem Satz der Solidarität erfolgt die eindeutige Ablehnung einer Befreiung aller besetzten Gebiete von russischen Truppen und Besatzungen. Dabei ist es natürlich unerheblich, dass der überwiegende Teil der ukrainischen Bevölkerung, auch der ethnischen Russen, nicht unter russische Herrschaft fallen wollen. Eine Unterstützung dieses Zieles lehnen die Autoren ab. Eine Einstellung der deutschen/westlichen Waffenlieferung zur Unterstützung der individuellen Selbstverteidigung setzt sich damit in Gegensatz zum Willen der ukrainischen Bevölkerung.

Hauptsache, so liest man, die Waffen schweigen. Und „um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“, kann es eben geraten sein, ein großes anderes Land der diktatorischen Herrschaft von Putin zu überlassen. An keiner Stelle wird erkennbar, was sie vom Aggressor verlangen und wie sie den Rückzug der Russen aus der Ukraine erreichen wollen. Denn das eingangs aufgezeigte Bild von traumatisierten Kindern und vergewaltigten Menschen wird unter russischer Herrschaft gegen alle Ukrainer mit Deportation, Vertreibung und Gulags fortgesetzt werden.

Es wäre ein ehrliches Manifest, wenn man einräumen würde, dass man nicht für einen gerechten Frieden für die Ukraine eintritt, sondern für einen Zustand, von dem man wohl glaubt, dass dann in Deutschland alles wieder so wäre wie vor dem 24. Februar letzten Jahres. Denn der „Westen“ und Deutschland hatten sich ja auch nach der Annexion der Krim und mit dem Krieg in der Ostukraine ganz gut eingerichtet.

Völlig aus dem Blick dieses Papiers ist die Kenntnis und realistische Beurteilung der weiterreichenden, eigentlichen Zielsetzungen Putins. Die Ultimatums Putins an die USA und die Nato vom 17. Dezember hat man nicht gelesen oder für das eigene Manifest ausgeblendet. Es gilt deshalb, Russland von seinen imperialen, kolonialen Zielen abzuhalten bzw. zurückzudrängen. Ein Waffenstillstand, der dem Eroberer „fait accompli“ zugesteht, wird seine weiterreichenden Ziele nicht beenden, sondern seinen Appetit auf der Grundlage des gerade Erreichten weiter stärken.

Erst wenn die seit 1991 unabhängige Ukraine wieder in ihren anerkannten Grenzen leben kann und die Russische Föderation sich auf ihre anerkannten Grenzen begrenzt, kann der Friede gelingen, der diesen Namen unter der Charta von Paris verdient. Ein solcher Friede ist, mit den Worten von Timothy Snyder, ein Erfolg für Selbstbestimmung und die Gleichheit aller Staaten.

---

<sup>1</sup> [Manifest für Frieden | ALICE SCHWARZER](#)



Das ist allerdings nur erreichbar, wenn die aufopferungsvolle Selbstverteidigung der Ukraine nachhaltiger und rascher unterstützt wird und Russland mit weiteren Sanktionen zum Einlenken gedrängt, ja gezwungen wird.

Denn erst mit einer Russischen Föderation in ihren anerkannten Grenzen sind neue Verbindungen für die Zukunft möglich und zu verhandeln.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

#### Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>

